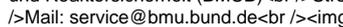




Bundesregierung unterstützt weltweiten Kampf gegen Wilderei auf bedrohte Arten

Bundesregierung unterstützt weltweiten Kampf gegen Wilderei auf bedrohte Arten
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat ein stärkeres Engagement Deutschlands im Kampf gegen illegalen Wildtierhandel angekündigt. "Wir dürfen nicht zulassen, dass kommende Generationen Elefanten, Tiger und Nashörner nur noch aus den Geschichtsbüchern kennen", sagte sie auf einer von der britischen Regierung ausgerichteten Artenschutz-Konferenz in London. An dem Gipfel, der auf eine Initiative von Prinz Charles und Prinz William zurückgeht, nehmen Präsidenten, Minister und hochrangige Delegierte aus allen Teilen der Welt teil.
"Die Wilderei hat in vielen Regionen der Welt ein Ausmaß angenommen, das einem Ausverkauf der Natur gleichkommt", sagte Hendricks. Der illegale Wildtierhandel bedeute zugleich "eine Katastrophe für die Menschen in den betroffenen Regionen". International agierende kriminelle Kartelle und terroristische Organisationen konzentrieren sich zunehmend auf diesen lukrativen Sektor. Dies führt zu gravierenden Sicherheitsproblemen und einem Anstieg von Korruption und Armut.
Die Londoner Konferenz bringt von Wilderei betroffene Staaten in Afrika und Lateinamerika zusammen mit Transit- und Zielländern in Asien, in denen es eine wachsende Nachfrage nach Wildtierprodukten wie Elfenbein gibt. Neben Deutschland und Großbritannien sind auch andere westliche Partner wie die USA und Frankreich vertreten.
Grundlage der Verhandlungen in London ist eine Deklaration, in der das gemeinsame Vorgehen festgelegt wird. So sollen unter anderem diese Delikte weltweit als schwere Kriminalität verstanden werden, um die Verfolgung von Wilderern in den Heimatländern der Wildtiere und die Zerschlagung krimineller Strukturen weltweit effizient zu ermöglichen. Zugleich soll die unter der Wildereikrise leidende lokale Bevölkerung gezielt unterstützt und als Partner für den Artenschutz gewonnen werden. Die Zielländer sollen die Nachfrage nach illegalen Wildtierprodukten deutlich senken.
"Die Konferenz ist ein großer Fortschritt im internationalen Kampf gegen den illegalen Wildtierhandel", sagte Hendricks. "Wir werden unser Engagement nicht nur fortführen, sondern auch verstärken."
Die Bundesregierung hilft zum Beispiel bei der Ausbildung von Wildhütern und beim Schutzgebietsmanagement in Afrika. Auch Maßnahmen zur Unterstützung von Zollbehörden und Kampagnen zur Nachfragereduzierung werden gefördert. Im Dezember 2013 fand eine internationale Konferenz zum Schutz des Afrikanischen Elefanten in Gaborone/Botswana statt, die vom Bundesumweltministerium initiiert und unterstützt wurde. Die Ergebnisse dieser Konferenz fließen nun auch in den Londoner Gipfel mit ein.
Deutliche Unterstützung erfährt auch eine Initiative im Rahmen der Vereinten Nationen in New York: Eine Freundesgruppe unter Führung von Deutschland und Gabun soll dort auf Botschaferebene den Kampf der internationalen Gemeinschaft gegen den illegalen Wildtierhandel vorantreiben.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: service@bmu.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.